No. 75. — 56. Jahrgang.

Die „Berliner Volks-Zeitung" erscheint täglich zweimal; Sonntags nur morgens, Montags nur abends.
Abonnementspreis für Berlin: 75 Pf. monatlich frei ins Haus, vierteljährlich M. 2.25 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt
Abonnementspreis für auswärts bei Bezug durch die Post: monatlich M. 0.80, vierteljährlich M. 2.40 einschl. 16seitigem Illustr. Sonntagsblatt

Berliner Volks-Zeitung

mit Täglichem Familienblatt und Illustriertem Sonntagsblatt

Morgen-Ausgabe

Freitag, 14. Februar 1908

Insertionspreis für die Zeile 40 Pf. Stellenangebote und Gesuche . . 30 „
Haupt-Expedition: SW. Jerusalemer Straße 46/49. Filialen: S. Prinzenstr. 41, SO. Kottbuserstr. 1, SO. Gorauerstr. 2, O. Petersburgerstr. 2, NO. Gr. Frankfurterstr. 33 u. Gr. Frankfurterstr. 87, NO. Rykestr. 31, N. Schönhauserdamm, N. Schulzendorferstr. 27 (am Weddingplatz), C. Königstraße 56/57, NW. Alt-Moabit 138, W. Potsdamerstr. 32, W. Bayreutherstr. 32, W. Leipzigerstr. 103, SW. Mittenwalderstraße 6, Rixdorf, Prinz Handjerystraße 43/44 und Berlinerstr. 73, Schöneberg, Vorbergstr. 8, Charlottenburg, Kantstraße 34, Pankow, Berlinerstraße 13b.

Redaktion: Jerusalemer Straße 46/49. Für unverlangt eingesandte Manuskripte übernimmt die Redaktion keine Verantwortlichkeit.

Chef-Redakteur: Karl Vollrath, Berlin W.
Verlag u. Druck: Rudolf Mosse, Berlin SW.

„Was den Züchtern zugute käme."

Eine Rede des Kronprinzen.

Im Verlage von Paul Parey sind die Berichte über die Verhandlungen der Landespferdezuchtkommission — die am 25. und 26. Oktober v. J. tagte — in Buchform erschienen. Darin wird eine Rede wiedergegeben, die der Kronprinz in der Kommission gehalten hat. Sie lautet:

„Meine Herren! Ich habe keine parlamentarische Vorbildung in irgendwelcher Weise. Ich möchte bloß darauf hinweisen, daß die Frage der Remontierung eine so außerordentlich wichtige ist, insbesondere für den Fall eines künftigen Krieges, daß irgendein Rückgang der Remontezucht in Ostpreußen in jeder Beziehung verhindert werden muß, und ich möchte Seine Exzellenz (zum Kriegsminister) bitten, was dafür geschehen kann, zu tun, daß die edle Zucht in Ostpreußen beibehalten wird, und daß die Züchter sich nicht zur Kaltblutzucht und zur Züchtung von Mischprodukten hinwenden. Also was geschehen kann, bitte ich, daß es geschehen möchte.

Ich möchte noch auf einen anderen Punkt hinweisen. Während der zweieinhalb Jahre, die ich beim Regiment der Gardedukorps gestanden habe, habe ich die Erfahrung gemacht, daß die 14 bis 15 Remonten, die pro Schwadron vom Regiment aus abgegeben werden, meiner Ansicht nach nicht ausreichen. Denn von diesen 14 oder 15 Remonten gehen bei der Influenza, die jetzt herrscht, gewöhnlich zwei oder drei pro Schwadron ein. Wir haben bei den Gardedukorps im vergangenen Jahre Schwadronen gehabt, wo der Abgang an jungen Remonten sogar die Zahl von sechs erreicht hat. Es wäre deshalb ein Moment, das ich anregen möchte, vielleicht nur bei der Remonteinspektion, ob es nicht möglich wäre, in den Remontedepots systematisch durchzuseuchen, so daß die Remonten, die die Truppen bekommen, bereits der Mehrzahl nach die Seuche hinter sich haben, damit wir ein absolut brauchbares Material haben, mit dem wir auch gleich in der Truppe arbeiten, im Ernstfalle sofort etwas erreichen können. Dadurch würde ja wahrscheinlich in den Remontedepots **die Sterblichkeit der Pferde erhöht werden**; es würde aber andererseits wieder **dem Lande und den Züchtern zugute kommen**, indem **mehr Pferde angekauft würden.**"

Es ist nichts davon bekannt geworden, ob und in welchem Umfange dieser Rat des Kronprinzen befolgt worden ist. Ohne Zweifel würde den deutschen Landwirten, die aus der Pferdezucht ein Geschäft machen, der Gewinn aus diesem lukrativen Geschäft bedeutend erhöht werden, wenn infolge planmäßiger Durchseuchung der Kavalleriepferdebestände größere Verluste an Pferden entständen, als bisher. Zurzeit sind die Tierärzte bei den berittenen Waffen, soviel wir wissen, bemüht, ansteckende Krankheiten der Pferde nach Möglichkeit zu unterdrücken und ihre Weiterverbreitung mit allen Kräften zu verhindern. Denn das Pferdematerial ist sehr teuer, und eine Epidemie unter den Militärpferden ist ein höchst kostspieliges Ereignis für den Militärfiskus. Deswegen glauben wir nicht, daß der Anregung des Kronprinzen in irgendeinem Truppenteil in größerem Umfange Folge geleistet worden ist. Sonst hätte man wohl etwas von einem auffallend starken Pferdesterben in der deutschen Armee gehört.

Aber es ist leicht, Authentisches darüber zu erfahren, wenn im Reichstage bei dem Kriegsminister angefragt wird, wie die Militärverwaltung über die absichtliche Durchseuchung der Pferdebestände der Armee mit ansteckenden Krankheiten denkt, und ob sie darin, wie der Kronprinz, eine richtige Methode sieht, die Leistungsfähigkeit des deutschen Heerespferdematerials für den Ernstfall zu steigern.

Es wäre zweckmäßig — falls, was wir nicht glauben, eine bejahende Antwort erfolgen sollte —, zu fragen, auf was für Pferdekrankheiten die Anwendung der kronprinzlicherseits empfohlenen Durchseuchungsmethode sich etwa erstreckt. Es gibt verschiedene ansteckende Pferdekrankheiten. Wird die vom Kronprinzen empfohlene Methode nur bei der Pferdeinfluenza angewendet, oder ist sie auch bei anderen epidemischen Krankheiten der Pferde versucht worden?

Schließlich legen wir aber das größte Gewicht darauf, daß im Reichstage mit dem allerschärfsten Nachdruck folgendes betont wird: So sehr man es der heimischen Pferdezucht gönnt, daß sie ein lohnender landwirtschaftlicher Erwerbszweig bleibt, so kräftig muß unter allen Umständen vom Standpunkt des schwer bepackten deutschen Steuerzahlers aus dagegen Front gemacht werden, daß die Militärverwaltung aus irgendeinem Grunde eine künstliche Erhöhung der Sterblichkeit der Militärpferde herbeiführt. Den Pferdezüchtern unter den Agrariern aber, die nunmehr in ihrer Presse etwa auf diese Erhöhung hindrängen, weil sie dabei ein noch glänzenderes Geschäft machen würden als bisher, muß energisch zu Gemüte geführt werden, daß es nicht Aufgabe der Militärverwaltung ist, unter allen Umständen auf einen möglichst hohen Gewinn der Agrarier bedacht zu sein.

Ein neues politisches Attentat?

Wie die „Frankfurter Zeitung" aus Petersburg meldet, wurde am Mittag der Privatsekretär des Großfürsten Nikolai Nikolajewitsch, Dr. Ruffanow auf offener Straße durch Messerstiche schwerverwundet aufgefunden. Er war von zwei Unbekannten überfallen worden. Die Nachforschungen der Polizei sind einstweilen erfolglos.

Es wird immer schöner.

Wie mag denen heute zumute sein, die bei der Uebernahme des preußischen Kultusministeriums durch den bisherigen Ministerialdirektor im Eisenbahnministerium Holle sich der Hoffnung hingaben, daß die vielangefeindete Aera Studt durch eine auch nur liberal angehauchte Aera abgelöst werden würde? Die vorgestrigen und gestrigen Beratungen des Etats der Unterrichtsverwaltung im Abgeordnetenhause haben aller Welt offenbart, daß Herr Holle noch viel reaktionärer gesinnt ist als Herr Studt. Gegenüber Herrn Holle erscheint sogar Herr v. Mühler, den unsere Väter als den schwärzesten aller reaktionären Minister angesehen haben, als der reine Fortschrittsmann.

Herr Holle hat es gestern ausdrücklich bedauert, daß der Liegnitzer Regierungspräsident den ersten Erlaß gegen die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung zurückgezogen hat, und er ist auf das wärmste für den orthodoxen Leiter des Volksschulwesens bei der Liegnitzer Regierung eingetreten. Wir erfahren hierbei zu unserer höchsten Ueberraschung, daß der Ministerialdirektor Schwartzkopff, der schon unter Herrn Studt dem Kultusministerium die orthodoxe Richtung vorschrieb, und der heute in diesem Ministerium mächtiger ist denn je, der Ehrenvorsitzende jenes orthodoxen Traktätchenvereins ist, der die Hetze gegen die Gesellschaft für Verbreitung von Volksbildung als besonderen Sport betreibt, und in dessen Interesse jener orthodoxe Liegnitzer Schulrat tätig gewesen ist.

Und wie stellt sich Herr Holle zu der Frage der Freiheit der Wissenschaft? Allerdings steht nach seiner Ansicht bei der Berufung von Universitätslehrern die wissenschaftliche Befähigung im Vordergrunde; aber die Theologieprofessoren, so führte er weiter aus, müßten sich stets dessen bewußt sein, daß die jungen Leute zu „christlichen Charakteren" herangebildet werden müssen. Dasselbe hat mit beinahe denselben Worten der klerikal gesinnte bayerische Kultusminister am Dienstag im bayerischen Abgeordnetenhause gegenüber den Angriffen erklärt, die von liberaler Seite gegen die Stellungnahme der bayerischen Regierung zur letzten päpstlichen Enzyklika erhoben worden waren.

So haben wir auch im protestantischen Preußen einen Kampf gegen den Modernismus, als dessen eifrigster Vorkämpfer sich der ehemalige Beamte im preußischen Eisenbahnministerium und jetzige „Minister des Geistes" Herr Holle entpuppt hat!

* * *

Diesem modernistenfeindlichen Standpunkt des Herrn Holle entspricht es durchaus, daß die unter seiner Amtsführung erlassenen Ausführungsbestimmungen zum Volksschulunterhaltungsgesetz einen Anstrich erhalten haben, der noch weit reaktionärer ist als dieses unter der Aera Studt zustande gekommene Gesetz. Als das Gesetz im Abgeordnetenhause beraten wurde, hatten die Nationalliberalen es für unannehmbar erklärt, wenn die Bestimmung in das Gesetz eingebracht würde, daß der Vorsitzende des Schulvorstandes in den Landgemeinden in der Regel der Geistliche sei. Sie verlangten, daß der Schulvorstand gewählt würde. In echt nationalliberaler Weise ließen sie aber von dieser Forderung ab, als ihnen vom Regierungstische erklärt wurde, daß die Ernennung des Schulvorstandes der Regierung überlassen werde. Jetzt wird durch die Ausführungsbestimmungen zum Gesetz einfach vorgeschrieben, daß der Ortsschulinspektor, der in den meisten Fällen der Geistliche ist, als Schulvorstand zu fungieren hat. Und kaltlächelnd erklärte gestern Herr Holle, daß in den in Frage kommenden Landgemeinden der Ortsschulinspektor sich zum Vorsitzenden des Schulvorstandes „besser eigne" als der Gemeindevorsteher. Der Nationalliberale Schiffer mußte gestern feststellen, daß seine Partei arg geleimt worden ist; aber was hilft es, die Nationalliberalen werden weiter fortfahren, dem reaktionären Kurse der preußischen Regierung ihr Vertrauen zu votieren.

Alle wahren Freunde des Fortschritts wissen aber nunmehr, woran sie sind. Herr Studt ist durch einen Mann ersetzt worden, der noch weit mehr nach dem Herzen des reaktionären und orthodoxen Herrn Schwartzkopff arbeitet als selbst Herr Studt. Die Bülowsche konservativ-liberale Paarungspolitik wird immer schöner!

Der Postetat.

Die gestrige zweite Lesung des **Postetats** im Reichstage wurde durch eine lange Rede des Konservativen Dröscher eröffnet. An ihr erscheint besonders bemerkenswert, daß sie sich keineswegs in Lobeshymnen auf die Postverwaltung und den Staatssekretär erging, sondern daß sie in vielen Punkten eine für einen Konservativen scharf zu nennende Kritik an den Maßnahmen und Zuständen dieser staatlichen Verkehrseinrichtung übte. Der Redner wies besonders auf das Fiasko hin, das man mit der Verteuerung des Ortsbriefportos gemacht hat und betonte die Notwendigkeit von Gehaltsaufbesserungen namentlich für die mittleren und unteren Postbeamten.

Der folgende Redner, der sozialdemokratische Singer, schlug natürlich viel kräftigere Töne an. Großes Aufsehen erregte es im Hause, als der Redner mehrere Fälle von Verletzungen des Briefgeheimnisses zur Sprache brachte. Leider ist der deutsche Reichstag trotz des geheimen und direkten Wahlrechts, auf dem er beruht, nicht ein Parlament in dem Sinne, wie es etwa das englische Unterhaus oder die französische Deputiertenkammer ist; denn sonst müßte sofort in einer so überaus wichtigen Sache eine parlamentarische Untersuchungskommission eingesetzt werden. Gleichwohl muß aber der Reichstag die Sache im Auge behalten und dafür sorgen, daß die Regierung die dem Reichstage bekannt gewordenen Fälle eingehend untersucht.

Der sozialdemokratische Redner brachte darauf den bekannten Fall des Freisinnigen Dr. Schellenberg in Wiesbaden vor, der seiner Funktionen als Postvertrauensarzt enthoben worden war, weil er in der Stichwahl sozialdemokratisch gewählt hatte.

Der Staatssekretär Krätke, der sehr sicher und selbstbewußt auftrat, erklärte die Mitteilungen, die der Abgeordnete Singer über den Fall Schellenberg gemacht hatte, sowie seine übrigen Ausführungen für unzutreffend; seine Darlegungen bestätigten aber durchaus die Richtigkeit des von dem Redner gegebenen Sachverhalts.

Heute wird die zweite Beratung des Postetats fortgesetzt.

Das teure Brot.

Die Brotpreise im Jahre 1907 standen im allgemeinen 10—15 Prozent über dem Niveau des Jahres 1906! In Berlin werden durch das Statistische Amt allmonatlich zuverlässige Erhebungen über die Brotpreise gemacht. Alle 14 Tage werden bei 34 Bäckern 34 Roggenbrote zu 50 Pfennig das Stück und 136 Schippen, zwei Stück zu fünf Pfennig angekauft und daraus der Durchschnittspreis berechnet. Im Januar 1907 setzte der Preis für Roggenbrot mit 27,63 Pfennig pro Kilogramm ein, stieg dann von Monat zu Monat bis Juni auf 3106, um im Juli auf 30,91 zurückzugehen. Im August setzte aber von neuem eine von Monat zu Monat den Preis hinauftreibende Bewegung ein, so daß der Dezember mit dem höchsten Stande, nämlich mit 33,98 Pfennig pro Kilogramm schloß.

Der Jahresdurchschnittspreis stellte sich auf 30,82 Pfennig gegen 27,06 im Jahre 1907. Es hat also eine Steigerung von 13,5 Prozent stattgefunden. Nur in einem Jahre seit 1886 war der Preis für Roggenbrot noch höher, nämlich 1891, wo er sich auf 31,66 Pfennig stellte.

Weniger stark, nur um 10 Prozent, ist der Preis für Weizenbrot gestiegen. Er setzte im Januar mit 45,83 Pfennig pro Kilogramm ein und stieg, jedoch unterbrochen von mehreren Rückgängen, allmählich bis auf 54,60 Pfennig im Dezember. Im Durchschnitt des Jahres betrug der Preis 49,36 Pfennig gegen 44,93 im Vorjahre. Wie stark übrigens die Spannung zwischen höchstem und niedrigstem Preis für Brot in Berlin ist, das geht daraus hervor, daß für Roggenbrot als niedrigster Preis 20,92 und als höchster 40,65 Pfennig, für Weizenbrot als niedrigster 27,55 und als höchster 88,89 (!) Pfennig notiert wird. Das sind Differenzen, deren Möglichkeit an einem und demselben Platze kaum glaublich ist. Für andere Plätze liegt kein so genaues Material über Brotpreise vor wie für Berlin. Aber die meisten Notierungen in Groß- und Mittelstädten stimmen darin überein, daß sie zwischen den Preisen im Jahre 1906 und 1907 eine Differenz von zirka 10 bis 15 Prozent aufweisen. Die Agrarier können sich ins Fäustchen lachen.

Eine peinliche Frage.

Der Vorstand der Gesellschaft für Volksbildung will ein Schreiben an den Kultusminister richten, in dem Herr Holle um Angabe derjenigen Bücher ersucht worden wird, die ihm als „staatsgefährlich" erscheinen. Bisher ist dem Vorstand wenigstens offiziell überhaupt noch nicht bekannt gegeben, um welche Bücher es sich eigentlich handelt. Die bisher genannten Bücher sind nur in der orthodoxen Presse und in den Kreisblättern als höchst verderblich denunziert worden. — Es wird sich nun zeigen müssen, was Herr Schwartzkopff, der Vorsitzende eines christlichen Zeitschriftenvereins, Herrn Holles rechte Hand, für tiefgrün, staats- und glaubensgefährlich hält. Das wird ein in seiner Art kulturhistorisch merkwürdiger Index werden. Der preußische Index! Ein hübsches Gegenstück zum päpstlichen Index, über den man im Kulturstaat Preußen so oft gespottet hat!

Der Vormarsch der Franzosen.

General d'Amade hat nach Paris telegraphisch berichtet, seine Kolonne lagere in Dar Oulad Fatima im Gebiete der Oulad-Said, von denen ein beträchtlicher Teil um Gnade gebeten habe. Ihre Führer würden sich im Lager vorstellen müssen.

Die Durchführung des Trennungsgesetzes

beschloß, wie aus Paris berichtet wird, die Kommission des Senats, die zur Untersuchung der Liquidation der Kongregationsgüter eingesetzt worden ist. Die Kommission beschloß, fünf Unterausschüsse einzusetzen, denen nach den Gerichtssprengeln eine Anzahl von Liquidationen zur Prüfung überwiesen werden soll. Der Präsident der Kommission, der frühere Ministerpräsident Combes, erklärte, daß die Zahl der Liquidationen, über die Bemerkungen zu machen seien, im ganzen gering sei. Die meisten Unklarheiten und Widersprüche fänden sich in den Rechnungen über die Liquidationen der in Paris gelegenen Kongregationsgüter. Zwei Mitglieder der Kommission, der Gemäßigte Ferrier und der Konservative Riou wiesen auf das Gerücht hin, nach dem der Justizminister sich geäußert habe, daß die Schweiz ihre Bahnen mit dem Gelde der französischen Kongregationen verstaatlicht habe. Beide Redner sprachen den Wunsch aus, daß dieses Gerücht dementiert werde, da diese dem Justizminister zugeschriebene Aeußerung sonst in der Schweiz Mißstimmung hervorrufen könne.